

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

45 (23.2.1921)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Preis: Durch unsere Träger 6.-M. einsech 80 A. Postleitzahl: bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Baden 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Postleitzahl, monatlich 54. Ausgabe: Freitag mittags Geschäftsstelle und Redaktion: Lusenstr. 21. Anzeiger: Die wöchentliche Kolonietabelle 1.-M. Die Restanzteile 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. - Annahmestellen: 8 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Das Wahlergebnis in Preußen

4171286 sozialdemokratische Stimmen 111 Sozialdemokraten gewählt

Nach der nunmehr abgeschlossenen vorläufigen Berechnung erhielten Stimmen: Deutschnationale 2 092 667 Stimmen, Deutsche Volkspartei 2 266 587 Stimmen, Zentrum 2 364 202 Stimmen, Demokraten 977 463 Stimmen, Mehrheitssozialisten 1 171 286 Stimmen, U.S.P.D. 1 055 023 Stimmen, Kommunisten 1 207 695 Stimmen, Wirtschaftspartei 187 345 Stimmen, Westpreußen 436 472 Stimmen. Abgegeben wurden 15 951 398 St.

Berlin, 22. Febr. Nach den Berechnungen des Wahlkommissars der Regierung werden in neun Landtag die folgenden Mandate folgende Stärke zuweisen: Mehrheitssozialisten 111, Zentrum 83, Demokraten 25, Deutschnationale 73, Deutsche Volkspartei 56, Kommunisten 30, Unabhängige 28, Wirtschaftspartei 2 Welsen und Schleswig-Holsteiner 6.

Regierungsfragen als Folge der Preußenwahlen

Beinahe schon mit den ersten allgemeinen Meldungen über den Wahlausfall in Preußen, wurden auch die ersten spekulativen Kombinationen über die Regierungsbildung in Preußen der Presse übermitteln. Der enorme Eifer ist mehr verständlich als loblich. Die alte Koalition verfügt, wenn die heute mitgeteilten Zahlen stimmen, nur über eine sehr schwache Mehrheit, die rein zahlenmäßig kaum den kommenden Kämpfen und Stürmen gewachsen sein dürfte.

Sicher gewinnt dadurch die Frage der Regierungsbildung eine große Bedeutung, aber wir sind der Auffassung, daß man mit mehr Sorgfalt als Eifer an die Erörterung und gar Lösung dieser verdammt heißen und folgenreichen politischen Sandlung herangehen sollte.

Nicht die alte Koalition nicht mehr zu einer Mehrheit aus, die allen Kämpfen und Situationen als Mehrheit gewachsen ist, muß auf anderer Basis eine neue Regierungsmehrheit gesucht werden. Aber nach links oder nach rechts? Die Kommunisten werden nicht mitmachen und — wohl von allen bisherigen Koalitionsparteien auch weder gewünscht noch akzeptiert werden. Die Unabhängigen! Wir glauben kaum, daß das Zentrum mit der U.S.P. in eine Koalition gehen würde, und wenn auch, der Eintritt der U.S.P. würde nach der katastrophalen Niederlage der Demokraten nicht ausreichen. Es müßte also gleichzeitig auch nach rechts, zur Deutschen Volkspartei gegriffen werden. Eine Koalition, etwa bestehend aus Volksparteiern, Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen, würde eine numerisch sehr starke Parlamentsmehrheit darstellen. Aber, wird sie möglich sein? Und würde sie bei der Behandlung der ersten großen wirtschaftlichen Aufgabe auch haltbar sein? Der Eintritt der Volkspartei zur alten Koalition, ohne die Unabhängigen, würde gleichfalls eine zahlenmäßig recht tragfähige Mehrheit schaffen. Aber, ist ein Zusammengehen der Sozialdemokratie mit der Volkspartei möglich? Wir wissen, daß innerhalb unserer Partei darüber Meinungsverschiedenheiten bestehen; bis in die jüngsten Tage hinein dürfte die Mehrheit bei uns auf einem ablehnenden Standpunkt stehen. Und kein Zweifel ist darüber möglich, daß z. B. die große Mehrheit unserer Parteigenossen einem Zusammengehen mit der Volkspartei feindselig gegenübersteht. Sieh an die Seite der Stimmepartei zu stehen, das würde den Arbeitern doch verdammt sauer werden. Ohne Eintritt der Volkspartei kann aber die alte Koalition nicht weiter wirtschaften. Eine Regierungsmehrheit ist aber auch möglich, wenn alle bürgerlichen Parteien zusammengehen, Sozialdemokraten und Unabhängige außerhalb der Regierung bleiben. Wer aber sollte sich darüber täuschen, nach den bitteren Erfahrungen in Bayern und anderswo, daß eine sozialistische Regierung von der gesamten Reaktion mit hellem Jubel begrüßt werden würde? Eine rein bürgerliche Regierung im Reich, dies in Preußen und Bayern, da erleben die Erziehungsmänner und Spielgefährten Tage aufmunternder Unbehelligkeit. Und die Steuer- und Sozialversicherungsfragen, der Arbeiterschutz, die Ernährungsfragen, sie würden eine Behandlung oder Mißhandlung erfahren, die die schwersten allgemeinen Schäden zur Folge haben müßten. Das muß in allem Ernst bedacht werden. Eine rein bürgerliche Regierung, die naturgemäß auch die Deutschnationalen als Regierungspartei haben würde, wäre nichts weiter als eine Schwalmetrie der Reaktion und — gegebenenfalls der Gegenrevolution.

Wir sind der Auffassung, daß die Wahrnehmung der Arbeiter- und Volksinteressen uns nicht erlaubt, außerhalb der Regierung zu bleiben. Und wenn unser Wiedereintritt in die preußische Regierung die Deutschnationalen von der Regierungskoalition ausschließt, uns gleichzeitig solche Regierungssitze sichert, die uns ermöglichen, das Treiben der Reaktion genau zu überwachen, sollten wir bittere Gefühle unterdrücken zugunsten der verstandesgemäßen politischen Handlung.

Meddings: treten wir etwa in Preußen in eine Regierung ein, der auch die Volkspartei angehört, muß auf dem Fuße die Regierungsumbildung im Reich folgen, d. h. wir müssen dann auch wieder in die Reichsregierung eintreten. Wir müssen das tun, nicht in erster Linie, weil, wie es schon offenbar ist, die bürgerlichen Parteien diese Bedingung stellen werden, sondern — und zwar hauptsächlich — weil die innere Logik der Dinge dazu zwingt. Daß wir nach den letzten Reichstagswahlen nicht wieder in die Reichsregierung eingetreten sind, hatte triftige Gründe und ergab sich aus der Situation, die infolge der toten Wahlkreise entstanden war. Inzwischen sind aber die Gefahren sehr gewachsen, die dem Staatsstift der Republik drohen. Da sollten, da dürfen wir nicht mehr auf der Kommandobrücke und am Steuer stehen.

Nach der schweren Wahlniederlage, die am Sonntag die Unabhängigen erlitten haben, sehen in beiden sozialistischen Lagern Weg- und Kampfgenossen die sozialistische Einheitsfront in unmittelbarer Nähe und sie fürchten, unser Wiedereintritt in die Regierung, zumal wenn er ohne die Unabhängigen erfolgte, würde den Weg zur Einheitsfront erneut vererräumen. So erwünscht und gut diese Einheitsfront auch ist, noch halten wir sie nicht für möglich, wohl aber, daß wir bei gegenseitigen guten Willen bereit schlagen können, auch wenn wir getrennt marschieren, solange noch die U.S.P. als Partei marschfähig sein wird. Weil u. E. gegenwärtig die Einheitsfront der beiden sozialistischen Parteien nicht hergestell werden kann, außer vielleicht durch einen furchtbaren Druck von außen, oder einer plötzlich aufsteigenden schweren Gefahr im Innern, sollte die Sozialdemokratie nicht einer gewiß schönen Idee und einem ebenso schönen Wunsch zuliebe darauf verzichten, mitbestimmend im Reich wie in Preußen innerhalb der Regierung mitzuwirken.

Recht tunen zur Regierungsbildung

Berlin, 22. Febr. In den Verhandlungen über Erweiterung der Koalitionsoptionen in Preußen und im Reich sagt das „Tagblatt“: Alle Wahrscheinlichkeiten sprechen dafür, daß in kürzester Zeit im Reich wie in Preußen eine große Koalition zustande kommt, die von der Deutschen Volkspartei über das Zentrum und die Demokraten bis zu den Mehrheitssozialdemokraten reicht. In der „Vossischen Zeitung“ wird es als scheinbarer Fehler bezeichnet, daß die Reichsregierung und die preußische Regierung zu wenig homogen sind. Es dürfte nicht wiederholt werden, den nach den Reichstagswahlen begangenen Weg nochmals zu befechten. Die Möglichkeit, aus diesem Grunde der Regierung fernzubleiben, hat für die demokratische Partei nichts Schreckhaftes. — Nach der Meinung der „Germania“ ist die Grundlage der nachrevolutionären Politik in Deutschland nicht zu erschüttern da gegen die Sozialdemokratie nicht regiert werden kann. — Scheidemann erklärt im Acht-Uhr-Abendblatt, auch fernerhin ein Gegner gegen jedes Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei zu sein. Er konnte höchstens davon die Rede sein, daß die Entscheidung davon abhängt, aufgrund welchen Aktionsprogramms eine neue Regierung im Reich arbeiten sollte.

Besprechungen in Berlin zur Frage der Regierungsbildung

Berlin, 22. Febr. Es wird gemeldet: Der interfraktionelle Ausschuss der Koalitionsparteien im Reichstag trat heute zusammen, um mit der Reichsregierung die durch die Wahlen entstandene Lage zu beraten. Die erste Fraktionsberatung der Demokraten nach der Kaufe der Reichstagsarbeiten wird am Mittwoch stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen neben Besprechungen der Gegenstände, die auf der Tagesordnung des Plenums stehen, Beratungen über die Lage, die durch den Ausfall der Landtagswahlen geschaffen ist.

Veränderung der Fraktionsstärke im Reichstage

Berlin, 22. Febr. Auf Grund der Reichstagswahlen in Ostpreußen und Schleswig-Vollstein ergibt sich folgende Verschiebung innerhalb der Parteien des Reichstages: Deutschnationale Volkspartei jetzt 71 (bisher 66), Deutsche Volkspartei 65 (62), Zentrum 68 (67), Unabhängige 61 (59), Kommunisten 26 (24), Demokraten 49 (45), Mehrheitssozialisten 103 (113). Die übrigen Fraktionen bleiben unverändert. Die Gesamtzahl der Abgeordneten ist von 466 auf 469 gestiegen.

Ergebnisse der Reichstagswahlen in Schleswig-Vollstein

Berlin, 22. Febr. Aufgrund der nunmehr vollständig vorliegenden Ergebnisse der Reichstagswahlen in Schleswig-Vollstein entfallen auf die Deutschnationalen 2 Mandate, die Deutsche Volkspartei 2 Mandate, die Demokraten 1 Mandat, die Mehrheitssozialisten 4 Mandate. Für den Landtag sind als gewählt zu betrachten: Deutschnationale 3, Deutsche Volkspartei 3, Demokraten 1, Mehrheitssozialisten 6, Kommunisten 1 Mandat.

Aus Oberschlesien

Von Waldemar Drowski, deutscher Abstimmungskommissar für den Kreis Hindenburg, O.-Schl.

Gar manchem im Lande wird es unverständlich sein, wie es den polnischen Agitatoren möglich war, aus der fernöstlichen Provinz Oberschlesien in kurzer Zeit einen polnischen Seuchenherd zu schaffen. Uns, die wir Gelegenheit hatten durch Jahre die Entwicklung der polnischen Bewegung zu verfolgen, kam die Sache nicht überraschend.

Die polnische Bewegung wurde ursprünglich von katholischen Geistlichen unterstützt und geleitet, nur mit der Absicht, der mächtig anwachsenden sozialistischen Bewegung das Wasser abzurufen. Die Arbeiter liefen in Massen aus den katholischen Arbeitervereinen, weil sie sich von den Zentrumsgrößen und Industriemagnaten verraten und verkauft fühlten. Sie mußten wieder eingearbeitet werden. Man gründete mit Industriekapital eine polnische Zeitung, den „Katholik“, der scharf gegen das deutsche Zentrum und die Industriegewaltigen in Opposition trat und die der deutschen katholischen Fahne entlaufene Männer bei der polnischen katholischen Fahne wieder sammelte. Kaum war ein kleiner Haufen unter polnisch-katholischer Flagge gesammelt, als nach der Provinz Polen ein Zustrom allerhand Glücksritter erfolgte. Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker, Drogeristen und Kaufleute überschwemmten den ober-schlesischen Industriebezirk und das flache Land und wie die Pilze schossen überall polnische Vereine und Verbindungen aus der Erde, die den Kampf aufnahmen gegen die katholischen Ostmarkenvereine.

Die Polizei witterte geheime Kampfortorganisationen, entsetzte Spittel, die wie gerichtlich festgestellt wurde, als Lockmittel auftraten, weiße Adler und sonstige nationale Abzeichen verteilten, um dann die Teilnehmer zu denunzieren. Es regnete Gefängnisstrafen und der Polizeistiefel tat alles, um die polnischsprechende ober-schlesische Bevölkerung zu verbittern. Die Partei und die Gewerkschaften versuchten Aufklärung in die Arbeitermassen zu bringen, doch ein ausgezeichnetes Spionagesystem sorgte dafür, daß jedes Parteimitglied, jeder Arbeiter, der einer freien Gewerkschaft, speziell dem Bergarbeiter- oder Metallarbeiterverband beitrug, sofort auf die Straße gesetzt wurde, insofern schwarzer Listen im ganzen Industriegebiet keine Arbeit mehr erhielt und zur Auswanderung nach dem Westen gezwungen wurde. Welcher Geist hier herrschte, kam bei den Wahlen 1912 noch zum Ausdruck, wo der katholische Bizerer Stowronski bei einer Zusammenkunft mit Vertretern der Großindustrie wörtlich ausführte: „Hören, meine Herren, der Körper, uns die Seele! Nach diesem Rezept wurde auch stets hier regiert. Lange Arbeitszeit, niedrige Löhne und die Behandlung sorgten für eine Abwanderung der intelligenten Arbeiter, während der Rest stumm, Sorgen und Ärger im Alkohol zu erstickten verarbeitete.“

Der Sonntag in Oberschlesien war verächtlich, konnte man doch an diesen Tagen hausenweise trunkene Arbeiter auf den Straßen treffen, hohlwangige, hagere Gestalten, die nur Brot und Kaffee im Leib, 10-12 Stunden im Werk oder in der Grube zugebracht hatten und nun leicht über des Alkohols wurdten. Anfang dieses Jahrhunderts tauchten allerorts sogenannte „Volkshilfsvereine“ auf, die mit Regierungsgeldern nichts anderes als Hohenzollernkult und Volkerverdummung trieben. Die Bibliotheken dieser Vereine waren alles andere, nur keine Bildungsstätten, war man doch ängstlich bemüht, jedes Werk fern zu halten, das geeignet schien, die Arbeiterklasse über die soziale Gesetzgebung oder sonstige Rechte aufzuklären. Die sonntägliche Unterhaltung der ober-schlesischen Arbeiterklasse bestand aus dem Besuch der Kirche, einer anschließenden kleinen „Säuferei“ ev. mit Prügeln; aber nur, wenn zufällig kein Kriegervereins- oder Arbeitervereinsfest Gelegenheit zum Kirchgang mit Musik, Parade, Festzug und Gartenkonzert mit „Ball“ stattfand. Die Volksgewaltigen haben es gern, wenn „ihre“ Arbeiter abgelenkt werden und unterstützten kräftig alle gelben Gesangvereine und Kriegervereine in jeder Art. Nicht nur nach Truppengattungen wurden sie geschieden, Kavallerie, Artillerie, Pioniervereine usw., nein, fast jedes Regiment, das irgend einen ehemaligen Feldwebel als Militärämter am Orte hatte, und derer gab es eine unheimliche Menge, gründete einen „Kameradenverein“, wo im altpreussischen Geist „gebildet“ wurde.

Der Krieg fand auch hier eine begeisterte Masse, die gern gegen den „Erbfeind“ zog. Unsere braven Oberschlesier, denen allgemein das Zeugnis ausgestellt wurde, daß sie gute Soldaten seien, empfanden schimpflich die Bezeichnung als „Pollacken“ oder „polnische Schweine“, wie sie leider nur zu oft von unverständigen Kommischnestern gebraucht wurden. Jetzt erinnern täglich polnische Flugblätter an die Zeit der Unterdrückung und Anechtung, an die schmachvolle Behandlung unter der preussischen Unteroffiziersherrschaft und finden leider nur zu willige Ohren.

Getreten von den „Oberen“, waren auch die mittleren Werkbeamten im Umgang mit der Arbeiterklasse nicht fein. Der Haß der Arbeiter machte sich in den Revolutionstagen Luft. Man lud die Herren Beamten auf die Karre, fuhr sie auf die Schlackenhalben und verprügelte sie derartig,

Vertical text on the left margin: ...malz, ...50, ...tt, ...0, ...ett, ...ne, ...50, ...garine, ...50, ...atöl, ...h&c, ...ge:stellten, ...n., ...abends 8 Uhr, ...inger, ...mmlung, ...recht der neuen, ...borshöhe, ...Der Vorstand, ...uar 1921, ...abend, ...saal, ...a, ...E. Reinhold, ...Gegenwart, ...des sozialen, ...sprache, ...handlung, ...des sozialen, ...Karlsruhe), ...ebener, ...nzerthaus, ...Schöllher, ...Verein, ...zum ersten, ...Konzert, ...ab. Kirsch, ...zu Mark 4.-, ...len, ...ädchen, ...samt, ...5270/74.

Aus dem Lande

Mannheim, 22. Febr. In einer der letzten Nächte haben Einbrecher aus einer Wohnung Wertgegenstände und Gebrauchsgüter im Werte von 88 000 M.

Freiburg, 21. Febr. Eine Vollversammlung der hiesigen Handwerkskammer hat sich heute in der hiesigen Kommunalfabrikationsanstalt abgehalten.

Tenningen, 21. Febr. Ein 20jähriges Dienstmädchen aus Forstheim, das hier seiner Dienstherrin Käse, Kleidungsstücke und Schmuck im Werte von über 10 000 M. entwendet hatte, wurde hier verhaftet.

Kulmburg, 22. Febr. In dem Vatermord wird weiter ergänzend berichtet, daß die Witwe Schnopp, die ihren Vater erschlug, in Freiburg keinen Liebhaber hatte, sondern mit einem dort allgemein geschätzten Manne verlobt war.

Todtnau, 22. Febr. Der Kaufherr Robert Tenn aus Ludwigsbühl am Rhein wurde hier festgenommen, weil er drei goldene 10 Markstücke zu je 100 Mark zu verkaufen versuchte.

Aus der Stadt

Karlsruhe 23. Februar.

Geschichtskalender

23. Februar, 1842 * Der Philosoph Ed. v. Hartmann in Berlin. — 1855 † Der Mathematiker K. F. Gauß in Göttingen. — 1908 † Der Schriftsteller Theodor Fontane in Berlin.

Karlsruher Parteinachrichten

Heute abend 8 Uhr Vertrauensmänner-Versammlung in der „Goldenen Krone“, Ecke Amalien- und Douglasstraße. Thema: Die Freuwahlen. Alle Vertrauensleute der Partei haben zu erscheinen.

Bezirk Müppurr, Deutscher Volkskongress. Gen. Richter Kemmle spricht am kommenden Samstag, abends halb 8 Uhr im Bahnhofs-Hotel über „Die politische Lage in Baden und im Reich“. Genossen, sorgt für Massenbesuch!

Beatus ille . . .

Die Reichsminister sind die Brügelknaben; Ein laures Amt — wahrhaftig nichts zum Schanden; Wer lohnt den Armen, die den Vorzug haben, Vom Feinde jede Freiheit einzuführen?

Ferdinand Madlinger.

Generalversammlung des Transportarbeiter-Verbandes W. Am Samstag, den 5. Februar, fand die Generalversammlung des Transportarbeiterverbandes im „Elefanten“ statt.

Geschäftsführer Kollege Fiedler erstattete den Geschäftsbericht für das Jahr 1920. Aus demselben war zu ersehen, daß das vergangene Jahr infolge der riesig emporgeschrittenen Preise für Lebensmittel und alle anderen Bedarfsartikel im Zeichen der Lohnbewegungen stand.

Einstimmig erfolgte die Entlastung der Geschäftsleitung und Ordnerverwaltung. Ebenso einstimmig wurden die Vertreter der einzelnen Sektionen in die engere Ordnerverwaltung gewählt.

Nachdem noch einige Anträge ihre Erledigung gefunden hatten, konnte die sehr schön verlaufene Versammlung geschlossen werden. Kollege Brendle wies mit Recht darauf hin, daß nur einmütiges Zusammenhalten zum Ziele führt.

Ein französisches Pulvermagazin bei Karlsruhe in die Luft geflogen

Die Deutsche Nachrichtenagentur in Berlin weiß von folgender Explosion in Karlsruhe zu berichten:

Das im Walde bei Karlsruhe gelegene französische Pulvermagazin ist infolge einer Explosion in die Luft geflogen. Ob Menschenleben dabei zu Schaden gekommen sind, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden, da die Franzosen über das Unglück das größte Stillschweigen bewahren.

Wir in Karlsruhe haben zwar von dieser gewaltigen Explosion nichts verspürt, trotzdem die Wirkung derselben so außerordentlich groß gemessen sein muß, daß sie sogar in Berlin (1) zu bemerken war.

Nochmals die G. Braun'sche „Hof“-Buchdruckerei

Wir erhalten dazu folgende Erklärung: In dem in Ihrer Nr. 41 vom 18. Februar enthaltenen Artikel „Der Herr im Hause“ gegen den Mitinhaber der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei und Verlag, Herrn Dr. Albert Mittel, ist zum Schluß gesagt, der genannte Herr habe als Vorsitzender des süddeutschen Zeitungsverlegervereins kürzlich Anweisung gegeben, alle über den Tarif hinausgehenden Forderungen der Gehilfen strikte abzuweisen.

Wir erklären, daß diese Anweisung nicht durch Herrn Dr. Mittel gegeben worden ist, sondern daß sie eine Selbstverständlichkeit ist, die im Wesen des Tarifs liegt.

Der Verein süddeutscher Zeitungsverleger G. B. J. Bode, 2. Vorsitzender.

Wir nehmen von dieser Erklärung, die den Anschauungen von Herrn Dr. Albert Mittel gemäß entspricht, gerne Notiz, schon deshalb, weil die Gehilfen ersehen können, daß die maßgebenden Kreise des Buchdruckerwesens usw. darin einig sind, ihre Gehilfen nur zum tariflichen Minimum zu entlohnen.

Die hier niedergelegten Forderungen bedeuten das den Zeitverhältnissen entsprechende Lohnminimum. Ueber diese Höhe hinausgehen, bleibt dem freien Ermessen der Prinzipale oder der Vereinbarungen zwischen Prinzipalen und Gehilfen überlassen.

Erfreulicherweise denkt eine große Zahl von Firmen auch so und entlohnt ihre Gehilfen etwas über Minimum und zeigen damit mehr soziales Verständnis als die „maßgebenden Kreise“ auf Arbeitgeberseite, trotzdem man in diesen Kreisen so gern ein soziales Verständnis umgänglich verleiht.

Eine Betriebsräteversammlung fand Dienstag abend im „Elefanten“ statt und war sehr gut besucht. Sekretär Hof sprach über die Betriebsräte wahlen, die in den nächsten Wochen stattfinden. In eingehender, sachkundiger Weise erläuterte der Redner die auf die Wahl bezüglichen Bestimmungen, um dann die Richtlinien des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und der Betriebsrätezentrale zu besprechen.

Beste! Nintheim. Am Sonntag nachmittag referierte Genosse Hauptlehrer Haebler über das Thema „Christentum und Sozialismus“ in sehr trefflicher Weise. In der Diskussion sprach Genosse Klinge-Karlsruhe, der die Genossen aufforderte, soweit sie noch der Landeskirche angehören, sich mehr am kirchlichen Leben zu interessieren, indem er auf den Volkskirchentum und hinwies; Gen. Eberhard verlangte strengere Neutralität der Partei der Kirche gegenüber.

Quäterspeisung. Wir bemerken auf die im Angehefteten der heutigen Nummer veröffentlichte Einladung, monach werdende und stehende Mütter sowie Kleinkinder von 2-6 Jahren demnächst an einer täglichen Quäterspeisung teilnehmen können.

M. Lichterliche Gesellschaft. Unter diesem Namen wurde hier eine Gesellschaft ins Leben gerufen, die sich zur Aufgabe gestellt hat, das Interesse weiserer Kreise für Licht- und Beleuchtungsstechnik zu wecken und zu pflegen.

Bl. Ueber das Burgenland (Deutsch-Westungarn) hielt Montag abend im höchstbesetzten Rathauskaffee Herr Finanzrat Dr. Stephan Wien einen instruktiven Lichtbildvortrag.

betonte einleitend in seiner Begrüßungsansprache die absolute Notwendigkeit der Fliese des Deutschums im Auslande, die hierin benagene Unterlassungsfähigkeit des saum gereinigten, wirtschaftlich schnell in die Höhe geschossenen jungen Deutschland hätte sich klar im Weltzuge gezeigt.

Verkehrseinsparung. Wegen Kohlenmangel der überreichen Staatsbahnen werden erstmals vom 23. Febr. an dreimal wöchentlich zwischen Paris und Wien über Karlsruhe-Mühlacker hergehende Zugszüge 6 63 und 8 63 bis auf weiteres in München endigen und beginnen.

Miet- und Untermietvereinbarung. Wir möchten auch an dieser Stelle auf die am Donnerstag abend 7 Uhr in der Stadt, teils in Mühlburg (Goldener Hof), teils in St. Adalbert (Württembergischer Hof), Südtstadt (Rehstr. 10) und St. Adalbert (Kronensfeld) und St. Adalbert (zur Krone) stattfindenden öffentlichen Miet- und Untermietvereinbarungen aufmerksam machen.

Klein- und Kleinsthandel. Ein Kind unserer Stadt, Max Schöbele, wird am 28. Februar, abends 8 Uhr, im Eintratskaffee konfirmiert. Ihre Gesangsmeisterin Elisebeth Gubmann wird die jugendliche Konfirmandin an ihrem ersten eigenen Klein- und Kleinsthandel an Pfingst selbst begleiten.

Jähriges Geschäftsjubiläum der Firma Pannsch

Am Anlaß der 25. Wiederkehr des Gründungstages der Firma hatten die Geschäftsinhaber ihre Angestellten und Arbeiter des Hauptgeschäftes Karlsruhe und Filialen zum 20. Februar nachmittags 3 Uhr in den freundlich ausgeschmückten Saal des „Mühlener Krug“ zu einer Festfeier eingeladen.

Das Festprogramm brachte einen von Rosari (Gäbe) und Deibes (Gladde) sowie Lieber von Jenen, Schuber und Wolf. Diese von einer so jungen Sängerin zu hören, dürfte allgemeinem Interesse begegnen. Die geschäftliche Leitung liegt in den Händen der Wirtschafthandlung Fritz Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße, woselbst Karten zu haben sind.

Vereinsanzeiger

Am 4. Febr. 1921. (Vergangenheits) sind unter dieser Rubrik keine Aufnahmen. Am 21. Febr., abends 8 Uhr, im „Elefanten“ Mitgliederversammlung. Auch haben sämtliche Bürgerauschüßmitglieder zu erscheinen, da dringende Gemeindegemeinschaften erörtert werden.

Am 23. Febr., abends 8 Uhr, im „Elefanten“ Mitgliederversammlung. Auch haben sämtliche Bürgerauschüßmitglieder zu erscheinen, da dringende Gemeindegemeinschaften erörtert werden.

Am 25. Febr., abends 8 Uhr, im „Elefanten“ Mitgliederversammlung. Auch haben sämtliche Bürgerauschüßmitglieder zu erscheinen, da dringende Gemeindegemeinschaften erörtert werden.

Letzte Nachrichten

Einzelresultate von den Preussischen Wahlen

Berlin, 22. Febr. Am Wahlkreise 20 (Königs-Walden) erhielten die Deutschnationalen 49 404, die Deutsche Volkspartei 75 388, Zentrumspartei 472 848, die Demokraten 29 503, die Reichssozialisten 164 459, die Unabhängigen 8580, die Kommunisten 4 762 und die fraktionslosen Parteien 125 Stimmen. Es entsand demnach auf die Deutschnationale Volkspartei 1, Deutsche Volkspartei 1, Zentrum 11, Reichssozialdemokraten 4, Kommunisten 1 Sitz.

Ergebnis der Erwerbslosenziffer

Berlin, 22. Febr. Trotz aller Gegenmaßnahmen hat die Erwerbslosigkeit im Monat Januar eine weitere, ganz bedeutende Zunahme erfahren. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsberechtigten allein ist von 335 000 auf 357 000, die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen von 410 000 auf 432 000 gestiegen.

Ein Wahlsieg der freien Gewerkschaften im Saargebiet

Saarbrücken, 22. Febr. Bei der Wahl der Reichsrat zum Knappschafts-Überwachungsamt sind die freien Gewerkschaften an der Spitze der Christlichen Gewerkschaften 5 Sitze (27 606 Stimmen) auf den alten (freien) Reichsratsverband 7 Sitze (42 049 Stimmen) bei den Hüttenarbeitern auf die vereinigten Christlichen und Hüttenarbeiter Gewerkschaften 4 Sitze (4 876 Stimmen) auf den Deutschen Metallarbeiterverband 4 Sitze (39 888 Stimmen).

Die Montenegriner erklären den Jugoslawen den heiligen Krieg

Basel, 22. Febr. Wie die „Pres Information“ aus Cetinje berichtet, hat sich die montenegrinische Föderation in Cetinje und in der Provinz gegen die Serben erhoben und den heiligen Krieg erklärt. Die Hauptstadt ist von zwei serbischen Infanterieregimentern und Maschinengewehrabteilungen besetzt worden. Die Lage ist außerordentlich ernst.

ernst, da bereits Zusammenstöße zwischen der Bevölkerung und den Truppen stattgefunden haben.

Eine Note der Reparationskommission

Paris, 22. Febr. Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Note: Mit Rücksicht darauf, daß nach Fortschritt des Artikels 28 des Versailler Vertrages spätestens am 1. Mai 1921 alle Schäden, deren Wiedergutmachung Deutschland schuldet, abgeklärt sein müssen, hat die Reparationskommission ein Tableau aufgestellt, durch das Woche für Woche die Arbeit vorgegeben ist, die geleistet werden muß, um die endgültige Befreiung zu dem vorgesehenen Termin treffen zu können.

Ein ungarisches Wagnatzenhaus

Wien, 22. Febr. In der ungarischen Nationalversammlung wurde ein Gesetz zur Wiedererrichtung eines ungarischen Wagnatzenhauses eingebracht. Dieses ist als Senat mit etwa 125 Mitgliedern gedacht, von denen ein Teil ernannt, die meisten aus Vertretern der wirtschaftlichen Vereinigungen und wissenschaftlichen Korporationen gebildet werden soll.

Die franz. Sozialisten gegen Albert Thomas

Paris, 22. Febr. In der letzten Sitzung der französischen sozialistischen Partei wurde der Abg. Albert Thomas als ausgesprochen, entweder das Abgeordnetenmandat niederzulegen oder den Posten des Direktors des Internationalen Arbeitsamts, das in Frankreich als eine Einrichtung des Kapitalismus betrachtet wird, aufzugeben.

Londoner Konferenz

Paris, 22. Febr. Wie der Sonderberichterstatter von Genes in London meldet, fand die erste Vollziehung der Konferenz gestern Nachmittag um 4 Uhr im St. James-Palast statt.

Abstimmung in Oberschlesien

London, 21. Febr. (Amstsch.) Die Londoner Konferenz hat beschlossen, daß die ober-schlesischen Landeseinwohner und die außerhalb wohnenden Abstimmungsberechtigten zu gleicher Zeit abstimmen sollen.

Paris, 21. Febr. Wie der Londoner Korrespondent des „Temps“ mitteilt, wurde in London weiter beschlossen, daß die Volksabstimmungskommision für Oberschlesien den Abstimmungstag auf den 20. März oder, wenn sich unüberwindliche Hindernisse entgegenstellen, auf ein benachbartes Datum festlegen soll.

Eröffnung der Orient-Konferenz in London

London, 22. Febr. Die Orient-Konferenz wurde heute in Gegenwart der Vertreter Englands, Japans, Frankreichs und Italiens eröffnet. Am Dienstag morgen wird im St. James-Palast eine große Sitzung stattfinden, bei der den griechischen und türkischen Vertretern Gelegenheit zur Aussprache gegeben werden soll.

Eine deutsche Wolgarepublik

Moskau, 22. Febr. Wie der „Wolgarepublik“ aus Kasan gemeldet wird, hat die Sowjetregierung ein Dekret über die Begründung einer autonomen Verwaltung der deutschen Arbeiterkommune in der Wolga erlassen. Diese deutsche Republik soll in Jekaterinenstadt — jetzt Marzstadt — ihren Sitz haben; sie liegt im Gouvernement Samara und hat 300 000 Einwohner.

Schriftleitung: Georg Schöcklin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Überfahrt und Letzte Nachrichten Hermann Kober; für Adressen, Adressen, Aus dem Lande, Gemeindefach, Aus der Stadt, Gerichtssetzung und Heilquellen Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefach, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Friedlosigkeit, Briefe; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Valuta-Bericht vom 22. Februar

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 9,90 Cts. Auszahlung Holland notierte 20,98 A per holl. G.; Schweiz notierte 10,08 A per schw. Fr.; England notierte 237,50 A per Pfd. Sterl.; Frankreich notierte 4,42 A per franz. Fr.; New York notierte 61 A per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 22. Februar 1921

Das mächtige Hochdruckgebiet mit seinem Kern über Westeuropa beherrscht weiterhin die Wetterlage Mitteleuropas. Bei ungesicherten Ein- und Ausstrahlungen verhalten sich die Temperaturverhältnisse. Während in der Höhe eine Wärme bis zu 9 Grad zu konstatieren war, sank die Temperatur in der letzten Nacht bis auf 4 Grad Kälte. Der Hochdruckeinfluß bleibt auch morgen bestehen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geschlechtsregister. Edwin Mayer von hier, Präparator hier, mit Paula Köhler von hier, Karl Köhler von Frankfurt a. M., Schlosser hier, mit Maria Speiser von Zeuthen, Albert Hülsmeyer von Hügelstein, Reg.-Geschäfte hier, mit Luise Siegfried von Nürnberg.

Advertisement for Fritz Kohn tobacco products, featuring a logo and text about quality and price.

Advertisement for Fritz Kohn, mentioning a meeting on Wednesday, February 22, 1921.

Large advertisement for Persil detergent, highlighting its effectiveness and ease of use.

Advertisement for Trauerhüte (mourning hats) by S. Rosenbusch.

Advertisement for Seefisch-Verkauf (seafood sale) at the city fish market.

Advertisement for Baden-Baden consumption tax (Verbrauchssteuer).

Advertisement for Durlacher Anzeigen (Durlach notices) and the distribution of bread tickets.

Advertisement for Mastatter Anzeigen (Mastatt notices).

